

ALLGEMEINE EINKAUF- UND BESTELLBEDINGUNGEN (AEB) DER ESG ELEKTRONIKSYSTEM- UND LOGISTIK-GMBH (NACHFOLGEND „ESG“)

gültig ab 15.10.2024

1 Allgemeines

Allen Bestellungen (sowie Liefer- bzw. Leistungsabrufe unter Rahmenverträgen) der ESG für Lieferungen und Leistungen liegen ausschließlich die dort genannten besonderen Bedingungen und nachrangig diese Allgemeinen Einkaufs- und Bestellbedingungen zugrunde. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers (nachfolgend „AN“) werden auch dann nicht Vertragsbestandteil, wenn ESG ihnen nicht ausdrücklich widerspricht oder der AN erklärt, nur zu seinen Bedingungen liefern zu wollen.

2 Bestellung/Änderungen

- 2.1 Lieferverträge (Bestellung und Annahme) sowie ihre Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform oder Textform. Die Annahme der Bestellung der ESG hat schriftlich oder in Textform zu erfolgen. Mündliche Erklärungen oder Vereinbarungen bedürfen der Bestätigung durch ESG in Schrift- oder Textform.
- 2.2 Nimmt der AN die Bestellung nicht innerhalb von zwei Wochen seit Bestelldatum an, so ist die ESG an die Bestellung nicht mehr gebunden. Liefer- und Leistungsabrufe werden spätestens dann verbindlich, wenn der AN nicht binnen einer Woche seit Datum des Liefer- /Leistungsabrufs widerspricht.
- 2.3 ESG kann im Rahmen der Zumutbarkeit für den AN Änderungen der Leistungen/Liefergegenstände in Konstruktion und/ oder Ausführung verlangen. Dabei sind die Auswirkungen insbesondere hinsichtlich der Mehr- und Minderkosten sowie der Liefertermine angemessen einvernehmlich zu regeln.
- 2.4 Der AN hat ESG geplante Änderungen in der Art der Zusammensetzung des verarbeiteten Materials, in der Konstruktion und / oder in der Ausführung gegenüber bislang der ESG erbrachten gleichartigen Lieferungen oder Leistungen unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die Änderungen bedürfen der schriftlichen Einwilligung durch ESG.
- 2.5 Der AN hat dafür zu sorgen, dass die Lieferungen und Leistungen den Umweltschutz-, Unfallverhütungs- und anderen Arbeitsschutzvorschriften, den sicherheitstechnischen Regeln sowie allen in der Bundesrepublik Deutschland bzw. der EG und des Leistungsortes geltenden rechtlichen Anforderungen genügen und hat ESG auf spezielle, nicht allgemein bekannte Behandlungs- und Entsorgungserfordernisse bei jeder Lieferung oder Leistung hinzuweisen und für jede gelieferte Ware eine Herstellererklärung oder eine Konformitätserklärung (CE) im Sinne der entsprechenden Richtlinien der Europäischen Union oder sonstiger gesetzlicher Vorschriften beizulegen.

3 Materialbeistellung / Entwicklungsergebnisse

- 3.1 Von ESG beigestellte Stoffe und Gegenstände aller Art bleiben das alleinige Eigentum der ESG. Soweit die dem AN beigestellten Stoffe und Gegenstände vom AN zu einer neuen beweglichen Sache verarbeitet oder umgebildet werden, gilt ESG im Sinne von § 950 BGB als alleiniger Hersteller. Im Falle einer Verbindung oder untrennbaren Vermischung der von ESG beigestellten Stoffe und Gegenstände mit anderen Stoffen und Gegenständen erwirbt ESG Miteigentum an der neu entstandenen Sache im Verhältnis des Wertes, den die Gegenstände zur Zeit der Verbindung oder Vermischung hatten. Erfolgt die Verbindung oder Vermischung in der Weise, dass die Gegenstände des AN als Hauptsache anzusehen sind, so gilt als vereinbart, dass der AN ESG anteilmäßig Miteigentum überträgt; der AN verwahrt das Miteigentum für ESG. Soweit Gegenstände durch wesentliche Mitwirkung seitens ESG (Versuche etc.) vom AN entwickelt oder hergestellt werden oder nach Angaben der ESG vom AN gefertigt oder von ESG voll bezahlt werden, dürfen sie nur für Zwecke der Bestellung verwendet werden; sind solche Gegenstände Eigentum der ESG, so sind sie auf Verlangen der ESG unverzüglich „frachtfrei versichert Werk ESG Fürstentfeldbruck“ an ESG zurückzusenden. Für beigestellte Stoffe und Gegenstände trägt der AN das Transport-, Verlust- und Beschädigungsrisiko.
- 3.2 Der AN ist verpflichtet, auf eigene Kosten etwa erforderliche Wartungs- und Inspektionsarbeiten an von ESG beigestellten Gegenständen durchzuführen sowie diese - insbesondere im Falle des Transportes von und zu Dritten - ausreichend zu versichern und uns dies auf Verlangen nachzuweisen.

4 Geheimhaltung und Informationssicherheit

- 4.1 Der AN verpflichtet sich, alle Informationen und Daten, die ihm im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Beendigung des Vertrages von ESG oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen im Sinne von § 15 AktG mündlich, schriftlich oder auf andere Weise offenbart werden, vertraulich zu behandeln und insbesondere Dritten gegenüber geheim zu halten. Als vertrauliche Informationen gelten insbesondere Geschäftsgeheimnisse, Produkte, Herstellungsprozesse, Knowhow, Erfindungen, geschäftliche Beziehungen, Geschäftsstrategien, Business- und Finanzpläne, digital verkörperte Informationen (Daten), jegliche Unterlagen oder Informationen der ESG oder der mit ihm verbundenen Unternehmen, die Gegenstand technischer und organisatorischer Geheimhaltungsmaßnahmen sind und als vertraulich gekennzeichnet sind oder nach der Art der Information oder den Umständen der Übermittlung nach als vertraulich anzusehen sind.

Ausgenommen von den vertraulichen Informationen sind solche, die vom AN ohne Rückgriff auf die vertraulichen Informationen der ESG oder der mit ihm verbundenen Unternehmen unabhängig entwickelt oder rechtmäßig und ohne Verstoß gegen eine Geheimhaltungspflicht dem AN vor Offenbarung bekannt waren; ohne Pflicht zur Geheimhaltung von einem Dritten erworben wurden, der berechtigt ist, diese vertraulichen Informationen zu offenbaren; ohne Vertragsverletzung durch den AN allgemein öffentlich zugänglich geworden sind; dem AN zurzeit der Offenlegung durch ESG oder der mit ihm verbundenen Unternehmen ohne Einschränkung in Form einer Geheimhaltungspflicht bekannt waren; nach schriftlicher Zustimmung durch ESG von den vorstehenden Geheimhaltungsverpflichtung freigestellt sind.

Keine vertraulichen Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind weiterhin insbesondere Informationen, die

- a) der Öffentlichkeit vor Mitteilung oder Übergabe durch den Informationsgeber bereits bekannt oder allgemein zugänglich waren oder dies zu einem späteren Zeitpunkt ohne Verstoß gegen diese Geheimhaltungsvereinbarung werden;
- b) dem Empfänger bereits vor der Offenlegung durch den Inhaber und ohne Verstoß gegen eine Geheimhaltungspflicht nachweislich bekannt waren;
- c) von dem Empfänger ohne Nutzung oder Bezugnahme auf vertrauliche Informationen des Informationsgebers selbst gewonnen wurden;
- d) dem Empfänger von einem berechtigten Dritten ohne Verstoß gegen eine Geheimhaltungspflicht übergeben oder zugänglich gemacht werden;
- e) nach schriftlicher Zustimmung durch den Informationsgeber von der vorstehenden Geheimhaltungsverpflichtung freigestellt sind;
- f) im Rahmen von Ermittlungen an Behörden oder aufgrund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung preis-zugeben sind;
- g) die Preisgabe zur Wahrnehmung berechtigter Interessen erforderlich ist, z.B. zur Durchsetzung oder Abwehr von Ansprüchen aus dem Vertragsverhältnis zwischen den Parteien oder zur Verteidigung in eigener Sache.

Die Pflicht zur Geheimhaltung gilt für einen Zeitraum von 5 Jahren nach Beendigung des Vertrages. Jegliche von der ESG oder ihrer verbundenen Unternehmen erhaltenen Informationen und Unterlagen sind vom AN ausschließlich zur Leistungserbringung zu verwenden und durch angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen gegen unbefugten Zugriff durch Dritte zu sichern; dies beinhaltet insbesondere die Ergreifung von technischen Sicherheitsmaßnahmen nach dem jeweiligen aktuellen Stand der Technik. Mit Beendigung der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen wird der AN erhaltene Unterlagen und anderweitige ggf. selbst erstellte schriftliche als auch elektronische Dokumente an die ESG herausgeben. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts an diesen ist ausgeschlossen.

- 4.2 Dem AN ist es untersagt, ohne ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der ESG: 1) Gegenstände und Geschäftspapiere, Zeichnungen, Unterlagen, gleich welcher Art, aus den Geschäftsräumen der ESG mitzunehmen; 2) Unterlagen der ESG oder für die ESG erstellte Unterlagen oder Unterlagen des (End-) Kunden der ESG zu vervielfältigen und/oder für eigene Zwecke einzusetzen.
- 4.3 Der AN verpflichtet sich, den Inhalt dieses Vertrags Dritten nur mitzuteilen, wenn und soweit dies für die Erfüllung eines Auftrages notwendig ist.

- 4.4 Gesonderte Geheimhaltungsvereinbarungen sowie Verpflichtungen aus einem Auftragsverarbeitungsvertrag werden durch hiesige Regelung sowie Ziff. 21 nicht berührt.
- 4.5 Der AN hat die Anforderungen der ESG gemäß der „Informationssicherheitsrichtlinie für Externe“ (**Anlage 1**) einzuhalten. Diese wird hiermit ausdrücklich Gegenstand des Vertrages.
- 4.6 Der AN wird von ihm eingesetzte Subunternehmer entsprechend dieser Ziffer sowie Ziffer 21 verpflichtet.

5 Unteraufträge

Die Vergabe von Unteraufträgen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung von ESG; die Unterauftragnehmer sind entsprechend der in Ziffer 4 getroffenen Regelung zur Geheimhaltung zu verpflichten. Auch müssen Unterauftragnehmer, die als Erfüllungshelfen tätig werden, auf den ESG Code of Conduct für Geschäftspartner (zu finden auf der Webseite der ESG: <https://esg.de/de/ueber-uns/unternehmen/compliance>) verpflichtet werden. Für die Verpflichtung der Unterauftragnehmer, die als Erfüllungshelfen fungieren, gilt Ziffer 25 dieser AEBs entsprechend.

6 Liefertermine/ Versand / Preisstellung

- 6.1 Für die Rechtzeitigkeit von Lieferungen ohne Montage oder Aufstellung kommt es auf den Eingang bei der von ESG angegebenen Empfangsstelle an. Für die Rechtzeitigkeit von Lieferungen mit Aufstellung oder Montage sowie von Leistungen ist deren Bereitstellung in abnahmefähigem Zustand maßgebend. Die Annahme einer verspäteten Lieferung oder Leistung durch ESG enthält keinen Verzicht auf Ersatzansprüche.
- 6.2 Die in der Bestellung angegebenen Termine und Fristen für Lieferungen und Leistungen des AN können von ESG bis zu maximal 4 Monate hinausgeschoben werden, wenn sich durch die Arbeitsstände oder Betriebsstörungen anderer Art der vorgesehene Bedarf für die ESG verzögert. ESG hat dem AN die für die Änderung der Liefer- bzw. Leistungstermine maßgebenden Umstände rechtzeitig mitzuteilen. Der AN ist verpflichtet seine Leistung/Lieferung entsprechend den im Rahmen der oben genannten Zeitspanne geänderten Liefer- bzw. Leistungsterminen zu erbringen.
- 6.3 Der AN hat seine Lieferungen sachgemäß zu verpacken, zu versenden und zu versichern und hierbei alle maßgeblichen Verpackungs- und Versandvorschriften einzuhalten. Der AN haftet für alle Schäden, die ESG aus der unsachgemäßen oder ungenügenden Verpackung, Versendung oder Versicherung entstehen. Gefahrgut muss nach den gültigen Gesetzen verpackt, entsprechend der Klassifizierung gekennzeichnet und die Sicherheitsdatenblätter mitgeliefert werden. Die Verpackung muss so ausgelegt sein, dass die Lieferung während des Land- oder Seetransportes (ggfls. auch Lufttransport) sowie einer anschließenden Lagerung für eine Dauer von mindestens des Herstellerdaten im Sicherheitsdatenblatt gegen Feuchtigkeit, Korrosion, andere chemische und mechanische Einflüsse geschützt ist.
- 6.4 Alle relevanten Begleitpapiere wie z.B. Lieferscheine, Zertifikate, Rechnungen etc., inkl. EU-Konformitätserklärung, sofern Liefergegenstand mind. einer CE-relevanten EU-Richtlinie oder EU-Verordnung unterliegt sind in einer Versandtasche außen an der Lieferung anzubringen. Der Lieferschein muss die Bestellnummer, Einkäufer- und Lieferscheinnummer der ESG sowie das Lieferscheindatum, Versandtag, Verpackungsart, Warenbezeichnung, Menge und Gewicht der Sendung sowie Empfangsadresse (Abladestelle und Werk) angeben. Der Lieferant ist weiter dafür verantwortlich, dass Begleit- und Transportpapiere sowie die Etikettierung und Verpackung der Stoffe und Gemische den jeweiligen Vorschriften über den Transport, die Einfuhr und das Inverkehrbringen des jeweiligen Empfängerlandes entsprechen.
- 6.5 Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen des AN ist die in der Bestellung angegebene Empfangsstelle. Ist eine Empfangsstelle nicht angegeben und ergibt sich diese auch nicht aus der Natur des Schuldverhältnisses, gilt der Firmensitz der ESG als Erfüllungsort.

7 Lieferverzögerung / Höhere Gewalt

- 7.1 Gerät der AN in Verzug, so ist ESG unbeschadet der gesetzlichen Ansprüche berechtigt, vom AN eine Vertragsstrafe von 0,5 % des Bestellwertes der nicht termingemäß gelieferten Teile bzw. des Bestellwertes der nicht termingemäß erbrachten Leistungen pro angefangener Woche, höchstens 5 % dieses Bestellwertes zu fordern. ESG kann die Vertragsstrafe auch dann verlangen, wenn ESG sich das Recht dazu spätestens bis zum Ablauf eines Monats

nach der Abnahme der letzten im Rahmen der Bestellung zu erbringenden Lieferungen oder Leistungen vorbehält. Weitergehende Ansprüche und Rechte bleiben vorbehalten.

- 7.2 Fälle von Höherer Gewalt befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der betroffene Vertragspartner in Verzug befindet. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen. Ist der AN infolge eines Falles höherer Gewalt an seiner Leistungserbringung länger als ein Monat gehindert, so kann jede Seite vom Vertrag ganz oder teilweise zurücktreten.

8 Abnahme

- 8.1 Nach vertragsgemäßer Erledigung eines Auftrages oder von Auftragsabschnitten erfolgt eine Abnahme durch ESG. Die Abnahme erfolgt im Einklang mit den Bestimmungen des Endkunden und durch einen Bevollmächtigten der ESG in Verbindung mit einem solchen des AN. Die voraussichtliche Beendigung des Vertrags oder Auftragsabschnittes ist der ESG rechtzeitig anzukündigen.
- 8.2 Über die Abnahme wird ein Protokoll erstellt. In dem Protokoll sind etwaig festgestellte Mängel aufzuführen. Die Rechte seitens ESG wegen etwaiger anderer Mängel bleiben auch ohne ausdrücklichen Hinweis vorbehalten.
- 8.3 Eine vorausgegangene Güteprüfung (z. B. gemäß § 12 VOL/B) oder Teilabnahme für Teilleistungen - sofern vereinbart - ersetzt die Gesamtabnahme nicht. Die Gewährleistungsfrist beginnt mit der Gesamtabnahme der Leistung.
- 8.4 Entsprechen die Leistungen nicht dem Vertragsgegenstand oder sind die Leistungen grob mangelhaft, kann ESG die Abnahme verweigern. Der Auftragnehmer ist auf Anforderung von ESG zur unentgeltlichen Nachbesserung verpflichtet.

9 Rechnung und Zahlung, Abtretungsverbot

- 9.1 Die Rechnung erfolgt in einfacher Ausfertigung und hat für jede Lieferung und Leistung die Bestellnummer und die Positionsnummer der ESG sowie Versandtag, Warenbezeichnung, Menge und Gewicht der Sendung und Umsatzsteuer-Identifikationsnummer bei grenzüberschreitenden Leistungen innerhalb der Europäischen Union anzugeben. Sie ist gesondert auf dem Postweg oder elektronisch zu übersenden.
- 9.2 Vorbehaltlich abweichender Regelung in der Bestellung erfolgt die Zahlung durch Überweisung oder Scheck, keinesfalls jedoch per Nachnahme. Die Zahlungsfrist ist durch Absendung eines Schecks gewahrt. Die umsatzsteuerliche Behandlung sowie jegliche sonstigen steuerlichen Verpflichtungen richten sich nach den jeweils geltenden Steuergesetzen.
- 9.3 Soweit in der Bestellung nichts anderes geregelt ist, tritt die Fälligkeit der Zahlung 60 Tage nach vertragsgemäßer Lieferung und / oder Leistung und Rechnungszugang ein. ESG ist berechtigt, bei Zahlung innerhalb von 14 Tagen nach vertragsgemäßer Lieferung und / oder Leistung und Rechnungszugang 3% Skonto und bei Zahlung innerhalb von 30 Tagen nach vertragsgemäßer Lieferung und / oder Leistung und Rechnungszugang 2 % Skonto vom Rechnungsbetrag abzuziehen. Skontoabzug ist auch zulässig soweit ESG aufrechnet oder Zahlungen in angemessener Höhe aufgrund von Mängeln zurückhält; die Zahlungsfrist beginnt nach vollständiger Beseitigung der Mängel. Zahlungen durch ESG bedeuten keine Anerkennung der Lieferungen und / oder Leistungen als vertragsgemäß. Rechnungen, die vorzeitig gelieferte Teilmengen und / oder Teilleistungen enthalten, werden erst zur Fälligkeit der terminlich letzten Position und vollständiger mangelfreier Erfüllung aller Lieferungen und / oder Leistungen entsprechend den Zahlungsbedingungen fällig. Eventuell vereinbarte Skonti werden auch bei Teilleistungen vom gesamten Rechnungswert abgezogen.
- 9.4 Der AN ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung, die nicht unbillig verweigert werden darf, nicht berechtigt, seine Forderungen gegen ESG abzutreten oder durch Dritte einziehen zu lassen. Bei Vorliegen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Abtretungen an Unternehmen, an denen die ESG mit über 50 % direkt oder indirekt beteiligt ist, gilt die Zustimmung als erteilt.
- 9.5 Tritt der AN seine Forderungen gegen ESG entgegen Satz 1 ohne deren Zustimmung an einen Dritten ab, so ist die Abtretung gleichwohl wirksam. ESG kann jedoch nach ihrer Wahl mit befreiender Wirkung an den AN oder den Dritten leisten.

10 Qualitätsmanagement

Der AN hat für eine geeignete Qualitätssicherung und -überwachung zu sorgen und auch etwaige in der Bestellung besonders genannte Gütevorschriften zu beachten. Eine eigene Güteprüfung und Wareneingangskontrolle der ESG entlasten den AN nicht von seinen vertraglichen Pflichten.

11 Sach- und Rechtsmängel

11.1 Der AN stellt sicher, dass seine Lieferungen und Leistungen während eines Zeitraums von zwei Jahren ab Gefahrübergang frei von Sach- und Rechtsmängel bleiben. Im Falle der Weiterveräußerung beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche zwei Jahre nach Übergang der Gefahr auf den Endkunden; sie endet spätestens aber 36 Monate nach Übergang der Gefahr vom AN auf ESG. Soweit das Gesetz längere Verjährungsfristen wie z.B. bei Bauwerken oder Sachen für Bauwerke vorschreibt, gelten diese Fristen. Der Fristablauf wird durch Zeiten gehemmt, in denen die Leistung wegen Mängeln nicht genutzt werden kann. Die Hemmung des Fristablaufs beginnt mit dem Tag, an dem der Mangel dem Auftragnehmer angezeigt wird und endet mit dem Tag der ordnungsgemäßen Erfüllung. Die Verjährung tritt frühestens drei Monate nach Ende der Hemmung ein.

11.2 Die Lieferungen und Leistungen müssen insbesondere mit bestgeeignetem und einwandfreiem Material erbracht werden, etwaigen gesetzlichen/behördlichen Vorschriften entsprechen und dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik bei Vertragserfüllung entsprechen, auch wenn dieser Standard in die für die Leistungen des AN am Erfüllungsort maßgeblichen technischen Normen- und Regelwerke keinen Eingang gefunden hat.

11.3 ESG wird Lieferungen innerhalb angemessener Frist auf Sachmängel prüfen. Die Mängelrüge ist rechtzeitig erfolgt, soweit sie innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Entdeckung des Sachmangels an den AN erfolgt. Für die Rechtzeitigkeit der Mängelrüge ist der Zeitpunkt ihrer Absendung entscheidend.

11.4 ESG stehen im Falle von Sach- und Rechtsmängeln die gesetzlichen Ansprüche und Rechte in vollem Umfang zu. Der AN trägt insbesondere alle im Zusammenhang mit der Mängelfeststellung und -beseitigung insbesondere Untersuchungskosten, Kosten, die bis zur Entdeckung des Mangels bei ESG entstanden sind, Aus- und Einbaukosten, Arbeits- und Materialkosten sowie die Transport- und sonstigen Kosten für die Zusendung mangelhafter und die Rücksendung mangelfreier Teile. Dies gilt auch, soweit sich die Aufwendungen dadurch erhöhen, dass der Liefergegenstand an einen anderen Ort als den Erfüllungsort verbracht wird.

11.5 Bei Verzug, Fehlschlagen oder Verweigerung der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) steht ESG unbeschadet der gesetzlichen Ansprüche auch das Recht zur Ersatzvornahme auf Kosten des AN zu. Eine Nachbesserung gilt nach dem zweiten erfolglosen Versuch als fehlgeschlagen. Unabhängig davon steht ESG in dringenden Fällen nach Benachrichtigung des AN das Recht zur Ersatzvornahme gegen Erstattung der dem AN hierdurch ersparten Aufwendungen zu.

12 Nutzungsrechte

12.1 Die Rechte an sämtlichen von dem Auftragnehmer erbrachten Leistungen, insbesondere Ergebnisse, Erkenntnisse, Muster, Modelle, Know-how, Erfindungen, urheberrechtlich geschützte Ergebnisse, geschützte und nicht geschützte Computerprogramme nebst Quellprogramm und Quellcode sowie Dokumentationen, Berichte, Unterlagen, Anregungen, Ideen, Entwürfe, Gestaltungen, Vorschläge etc. (nachstehend zusammenfassend „Arbeitsergebnisse“ genannt) stehen ausschließlich ESG zu.

12.2 An allen entstandenen urheberrechtsfähigen Arbeitsergebnissen erhält ESG ein ausschließliches, unentgeltliches, unwiderrufliches, übertragbares, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht in allen Nutzungsarten mit und ohne Urheberbezeichnung und ohne, dass eine besondere Einwilligung des Urhebers notwendig ist. Dies gilt insbesondere für urheberrechtlich geschützte Computerprogramme. Der Auftragnehmer hat ESG diese Computerprogramme im Objektcode und Quellprogramm /Quellcode auf Datenträgern in maschinenlesbarer Form einschließlich Dokumentation zu überlassen. ESG hat insbesondere das Recht zur Verwertung, Bearbeitung, Umarbeitung, Vervielfältigung, Veröffentlichung, Verbreitung einschließlich der Handlungen nach § 69 c UrhG und Zweitverwertung in internen und externen Print- und audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Datenbanksystemen, auf elektronischen Datenträgern und zur Übersetzung und

Verbreitung auch außerhalb des deutschen Sprachraums. ESG ist berechtigt, die Unterlagen beliebig zu nutzen, zu vervielfältigen, zu verbreiten, zu bearbeiten und umzugestalten, auch unter Heranziehung aller bekannten technischen Hilfsmittel.

12.3 Soweit die Arbeitsergebnisse schutzrechtsfähig sind, ist ESG berechtigt, hierfür auf eigene Kosten Schutzrechte im In- und Ausland im eigenen Namen anzumelden, diese weiter zu verfolgen und auch jederzeit fallen zu lassen. Der Auftragnehmer wird ESG unverzüglich über schutzrechtsfähige Arbeitsergebnisse in Kenntnis setzen und alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Der Auftragnehmer hat schutzrechtsfähige Arbeitsergebnisse, die seine Arbeitnehmer bei der Durchführung des Auftrages machen, auf Verlangen von ESG durch Erklärung gegenüber dem Erfinder unbeschränkt in Anspruch zu nehmen und unverzüglich auf ESG zu übertragen. ESG hat dieses Verlangen so rechtzeitig zu erklären, dass die sich aus dem Arbeitnehmererfindungsgesetz ergebenden Fristen von dem Auftragnehmer eingehalten werden können. Soweit ESG ein Arbeitsergebnis nicht zur Erteilung eines Schutzrechtes anmelden will, ist der Auftragnehmer zur Anmeldung im eigenen Namen und auf eigene Kosten berechtigt, wobei ESG jedoch ein einfaches, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes, unterlizenzierbares und unentgeltliches Nutzungsrecht in allen Nutzungsarten an dem schutzrechtsfähigen Arbeitsergebnis behält.

12.4 Werden im Rahmen der Erfüllung des Vertrags bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Auftragnehmers verwendet (nachfolgend „Außervertragliche Ergebnisse“) und sind diese zur Verwertung des Arbeitsergebnisses durch ESG notwendig, ist dies ESG unverzüglich offen zu legen. Der Auftragnehmer räumt ESG an diesen außervertraglichen Ergebnissen, soweit deren Nutzung für die Nutzung der Arbeitsergebnisse zweckmäßig und erforderlich ist, ein einfaches, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes, unterlizenzierbares und unentgeltliches Nutzungsrecht ein.

12.5 Die vorstehenden Rechtsübertragungen sind mit der in dieser Bestellung geregelten Vergütung des Auftragnehmers abgegolten.

13 Versicherungen

Der AN ist verpflichtet, eine angemessene Betriebshaftpflicht- und Produkthaftpflichtversicherung abzuschließen und ESG auf Verlangen nachzuweisen. Der AN tritt auf Verlangen seine Ansprüche gegen seinen Versicherer an ESG ab.

14 Schutzrechte Dritter

14.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen frei von Schutzrechten Dritter und / oder Schutzrechtsanmeldungen Dritter oder entstehenden Aufwendungen, auch soweit sie bei ESG anfallen, Urheberrechte Dritter (nachfolgend zusammenfassend „Schutzrechte“ genannt) oder sonstigen Rechten Dritter zu erbringen. Der Auftragnehmer haftet für alle Ansprüche, die sich aus der Verletzung von Schutzrechten Dritter oder aus der Verletzung sonstiger Rechte Dritter ergeben. Er stellt ESG insoweit von allen Ansprüchen Dritter frei.

14.2 Stellt sich im Verlauf der Leistungserbringung heraus, dass für die erfolgreiche Durchführung der Leistungen die Benutzung fremder Schutzrechte erforderlich ist, so teilt der Auftragnehmer dies ESG unverzüglich mit. ESG entscheidet, ob um eine Lizenz nachgesucht wird oder die Arbeiten in einer Form weitergeführt werden, die eine Verletzung dieser Schutzrechte ausschließt.

14.3 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche beträgt 10 Jahre nach Beendigung des Vertrags.

15 Rücktrittsrecht/Kündigung

Verschlechtern sich die Vermögens- und Kreditverhältnisse eines Vertragspartners in dem Maße, dass die ordnungsgemäße Erfüllung der vertraglichen Pflichten erheblich gefährdet ist, insbesondere wenn das Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt ist, so ist der andere berechtigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten oder diesen zu kündigen.

16 Teilebevorratung/Lieferbereitschaft

Der AN hat für die normale Lebensdauer seiner Lieferungen und Leistungen, mindestens aber für die Dauer von zehn Jahren ab Erfüllung eine Teilebevorratung/Lieferbereitschaft sicherzustellen. Auch wenn eine solche Bevorratungspflicht für die ESG erbrachten Leistungen nicht mehr besteht, hat der AN ESG von einer beabsichtigten Einstellung seiner Teilebevorratung/Lieferbereitschaft so

rechtzeitig zu unterrichten, dass zur eigenen Teilebevorratung der ESG noch Teile an ESG geliefert werden können.

17 Produkthaftung

Der AN verpflichtet sich, seine Lieferungen genauestens auf Mängel zu überprüfen und alles Erforderliche zu tun, um eine Produkthaftung zu vermeiden. Wird ESG aufgrund der Fehlerhaftigkeit eines Produktes des AN von einem Dritten in Anspruch genommen und beruht die Fehlerhaftigkeit ganz oder teilweise auf einem Mangel der Lieferung des AN, so kann ESG anstatt des Ersatzes sämtlicher Schäden auch die Freistellung gegenüber dem Dritten durch den AN verlangen. Die Schadensersatzverpflichtung des AN umfasst auch die Kosten einer vorsorglichen Rückrufaktion zur Schadensverhütung, wenn dies erforderlich ist.

18 Umweltmanagement, Gefahrstoffe

18.1 Der AN ist verpflichtet, auf eigene Kosten die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Sicherheits- und Umweltbestimmungen einschließlich der Verordnung über gefährliche Stoffe und des Elektro- und Elektronikgerätegesetz einzuhalten.

18.2 Der AN verpflichtet sich, jederzeit sämtliche Anforderungen gemäß der EU-Verordnung 1907/2006 vom 18. Dezember 2006 bezüglich des Umganges mit chemischen Stoffen (sog. REACH Verordnung) zu beachten. Er wird insbesondere seinen Pflichten aus Art. 31 bis 33 der Verordnung nachkommen und darüber hinaus ESG auch ohne explizite Anfrage seitens ESG - unverzüglich sämtliche Informationen zur Verfügung stellen, die ESG im Rahmen dieses Vertrages aufgrund der REACH Verordnung benötigt und die für die vertragsgemäße Verwendung der vom AN zu liefernden Erzeugnisse von Bedeutung sind, inkl. Informationen bzgl. besonders besorgniserregenden Stoffen (SVHCs) gem. Artikel 33 REACH-Verordnung (EG 1907/2006). Ein AN mit Sitz außerhalb der EU verpflichtet sich, die nach der REACH Verordnung bestehenden Pflichten als Importeur wahrzunehmen. Bei den diesbezüglichen Pflichten des AN handelt es sich um wesentliche Vertragspflichten (sog. "Kardinalpflichten"), deren Erfüllung für die Vertragserfüllung unerlässlich ist. Sollte der AN seinen diesbezüglichen Pflichten nicht, nicht ausreichend oder nicht rechtzeitig nachkommen, hält der AN ESG von allen Schadensersatzansprüchen frei, die ihr aufgrund der Nichterfüllung dieser Pflichten durch den AN entstehen. Der AN ist dafür verantwortlich, alle Vorschriften über die Einfuhr der betroffenen Stoffe und Gemische zu berücksichtigen. Er ist insbesondere dafür verantwortlich Voraussetzungen (wie Registrierungen, Zulassungen u.ä.) sowie Verbote oder Beschränkungen (wie Anhang XVII ReachVO o.ä.) des Imports in das jeweilige Herkunftsland zu berücksichtigen und dem Empfänger über diese Regelungen aufzuklären.

18.3 Jeder Lieferung ist eine aktuelle Version des Sicherheitsdatenblattes nach der EG-Verordnung 1907/2006/EG („REACH Verordnung“) und der EG-Richtlinie 67/548/EWG („Stoffrichtlinie“) in deutscher und englischer Sprache beizufügen.

18.4 Der AN steht für die Rücknahme und Entsorgungspflicht nach § 10 Abs. 2 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes ein und trägt etwaige im Zusammenhang damit stehende Kosten.

18.5 Enthält die Lieferung Güter, die gemäß den internationalen Regelungen als Gefahrgut zu klassifizieren sind, teilt der Auftragnehmer dies der ESG unverzüglich nach Bestelleingang schriftlich mit. Im Rahmen der Lieferung von Gefahrgut sind für alle Materialien Sicherheitsdatenblätter zwingend in Deutsch sowie ergänzend in Englisch und soweit erforderlich, Prüfnachweise (UN38.3 Testnachweis für Lithium Batterien und/oder Prüfumfassung nach UN38.3) ohne Aufforderung vorzulegen.

18.6 Soweit die Vertragspartner vereinbaren, dass der Auftragnehmer den Transport für Lieferungen, die Gefahrgut enthalten, für Rechnung von ESG beauftragt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem von der ESG nominierten Spediteur mit Erteilung des Transportauftrags die nach den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Gefahrgutdaten zu „Frei verwendbar“ zu übermitteln. Der Auftragnehmer ist auch in diesen Fällen für die gesetzeskonforme Verpackung, Kennzeichnung, Dokumentation usw. für den/ die genutzten Verkehrsträger verantwortlich.

19 Export

19.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die einschlägigen Export- und Zollvorschriften einzuhalten und rechtzeitig - sofern erforderlich - die entsprechenden Genehmigungen einzuholen. Der AN verpflicht

et sich, ESG spätestens bei Lieferung über alle anwendbaren Export- und Reexportbeschränkungen und -bestimmungen zu informieren und ESG die einschlägigen Ausfuhrkontrollnummern gemäß den Exportlisten der USA, der EU oder anderer Länder mitzuteilen. Darüber hinaus verpflichtet sich der AN, ESG umgehend nach Abschluss dieses Vertrages oder der Bestätigung einer Bestellung hierunter, soweit vorhanden, über alle von ESG benötigten Dokumente zu informieren, wie beispielsweise eine Endverbleibserklärung.

19.2 Der AN verpflichtet sich, durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass europäische, US-amerikanische und sonstige geltende Anti-Terror-Vorschriften sowie offizielle schwarze Listen eines Landes beachtet werden. Darüber hinaus garantiert der AN, dass sich unter seinen Mitarbeitenden, Unterauftragnehmern und anderen Geschäftspartnern keine Gesellschaften, Unternehmen oder Personen befinden, die auf einer der schwarzen Listen der USA, der EU, Deutschlands oder einer Regierung anderer zuständiger Länder stehen.

19.3 Der AN verpflichtet sich, ESG spätestens bei Lieferung alle Zollangaben zur Verfügung zu stellen, die nach anwendbaren Zoll- oder handelsrechtlichen Bestimmungen der USA, der EU oder anderer Länder erforderlich sind, wie beispielsweise eindeutige Produktbeschreibungen, Angabe des Herkunftslands (zweistelliger ISO-Code) und Zollwert. Diese Angaben sind auf jeder Rechnung anzugeben. Auf Verlangen von ESG und soweit einschlägig wird der AN außerdem eine Erklärung und eine Präferenzbescheinigung zur Verfügung stellen.

19.4 ESG behält sich das Recht vor, die Handhabung von Ausfuhrkontrolle und Zoll durch den AN sowie in diesem Zusammenhang ergriffene Maßnahmen unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von mindestens zehn Arbeitstagen auf Kosten des AN zu prüfen, sofern ESG Verdachtsmomente für Mängel vorliegen. Sollte ESG während dieser Prüfung in bestimmten Bereichen der Ausfuhrkontrolle und/oder des Zolls auf Seiten des Vertragspartners Mängel feststellen, wird der AN auf eigene Kosten zusätzliche, von ESG begründetermaßen verlangte Maßnahmen ergreifen. Alternativ dazu ist ESG nach alleinigem Ermessen berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten.

19.5 Der AN verpflichtet sich, sicherzustellen, dass von ihm an ESG oder eine ihrer Tochtergesellschaften gelieferte Produkte, deren Kombinierte Nomenklaturen in Anhang XVII der EU-Verordnung R.833/2014 in der Fassung vom 23. Juni 2023 oder in Schedule 3B der entsprechenden britischen Verordnung 46IA und 46IB aufgeführt sind, die in Kapitel 4CA von Teil 5 der Russia (Sanctions (EU Exit) (Amendment) Regulations 2023 (beide Verordnungen werden zusammen als "Verordnung" bezeichnet) zu finden sind, in Übereinstimmung mit der Verordnung geliefert werden.

Der AN verpflichtet sich, sicherzustellen, dass alle in Anhang XVII (bzw. Schedule 3B in der britischen Verordnung) der Verordnung aufgeführten Eisen- und Stahlerzeugnisse, die direkt oder indirekt an ESG oder eine ihrer Tochtergesellschaften verkauft oder anderweitig geliefert werden, keine Eisen- und Stahlerzeugnisse oder daraus abgeleitete Erzeugnisse mit Ursprung in Russland enthalten, wenn sie in einem Drittland verarbeitet wurden.

Der AN unterstützt ESG und die Zollbehörden und ergreift geeignete Maßnahmen, um ESG und den Zollbehörden die Dokumente zur Verfügung zu stellen, die zum Nachweis des Warenursprungs beitragen können, sowie alle weiteren Belege, die von der zuständigen ESG-Gesellschaft, den Zollbehörden des Landes des Käufers oder/und des Bestimmungslandes im Hinblick auf die oben genannte Anforderung verlangt werden.

20 Offset

Der AN wird angemessene Anstrengungen unternehmen, um ESG im Rahmen ihrer internationalen „Offset-Verpflichtung“ zu unterstützen, indem der AN ESG auf Anfrage Informationen über entsprechende Drittgeschäfte zur Verfügung stellt.

21 Datenschutz

21.1 Der Dienstleister stellt sicher, dass alle Personen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen

zum Datenschutz beachten. Eine nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung dieser Person zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung ist vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

- 21.2 Soweit der Dienstleister im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten verarbeitet, verpflichtet er sich, eine Vereinbarung über eine Datenverarbeitung im Auftrag des Auftraggebers, die ihm der Auftraggeber auf Verlangen zu Verfügung stellt, abzuschließen. Sofern und soweit erforderlich, wird er zudem mit von ihm eingesetzten Subunternehmern entsprechende Vereinbarungen schließen und auf Verlangen des Auftraggebers den Abschluss durch Vorlage derselben nachweisen.

22 Geltung der VO PR 30/53

Soweit diese Bestellung der Erfüllung eines öffentlichen Vertrages dient, gilt die VO PR 30/53. Der Auftragnehmer unterliegt einer Preisprüfung, falls der öffentliche Vertrag dies verlangt.

23 Abwerbungschutz / Wettbewerbsverbot

- 23.1 Beide Vertragspartner verpflichten sich, keinen derzeitigen Mitarbeitenden oder eine sonst vertraglich verpflichtete Person des anderen Vertragspartners mittelbar oder unmittelbar abzuwerben, sofern diese mit Leistungen aus dem Vertrag betraut ist. Diese Vereinbarung gilt ab Vertragsbeginn. Sie endet ein Jahr nach Vertragsbeendigung.
- 23.2 Der AN verpflichtet sich, während der Dauer dieses Vertrages und für 3 Monate nach dessen Beendigung nicht im Projektumfeld des Auftraggebers der ESG, tätig zu werden; dazu zählen auch Akquisetätigkeiten. Dieses Wettbewerbsverbot umfasst sämtliche Formen der Tätigkeit, selbständig oder unselbständig, mittelbar oder unmittelbar, auch für fremde Rechnung, in Form einer Beteiligung, Unterbeteiligung, stillen Beteiligung, eines Beratungsverhältnisses, einer Gefälligkeit, und gilt auch für die Gründung eines solchen Wettbewerbsunternehmens oder für den Erwerb von Anteilen davon.
- 23.3 Für jeden Fall eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsverbot gemäß Ziff. 23.2 und für den Fall, dass der Auftragnehmer eine juristische Person ist, verpflichtet sich der Auftragnehmer, der ESG eine Vertragsstrafe in Höhe von 18% des Auftragsvolumens zu zahlen. Der Nachweis eines niedrigeren Schadens bleibt dem Auftragnehmer unbenommen. Gesetzliche Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.

24 Ehemalige oder bestehende Bundeswehruzugehörigkeit, Verkehr mit Dienststellen der Bundeswehr, Einhaltung der ZVB/BMVg

- 24.1 ESG ist als Vertragspartner des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr verpflichtet, die Einhaltung der ZVB/BMVg in ihrem Unternehmen und bei ihren Vertragspartnern sicherzustellen. Die ZVB/BMVg finden sich im Internet unter der Internetadresse: www.baainbw.de (siehe dort unter: „Organisation“ → „Ausrüstung“ → „Vergabe“ → „Formulare und Grundlagen für die Vertragsgestaltung“). Der AN wird hiermit auf die Einhaltung der ZVB/BMVg in ihrer jeweils gültigen Fassung verpflichtet.
- 24.2 Ist der AN als Einzelperson Bundeswehrangehöriger, Ruhestandsbeamter der Bundeswehr oder ehemaliger Berufssoldat, der nicht länger als fünf Jahre im Ruhestand ist oder ehemaliger Soldat auf Zeit während der Dauer der Dienstzeitversorgung, zeigt er dies der ESG unverzüglich an und legt der ESG unaufgefordert eine Tätigkeitsanzeige nach § 20 a SoldatenG sowie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Bundesministeriums der Verteidigung vor (Ziff. 33.6 ZVB/BMVg).
Das Gleiche gilt, wenn der AN keine Einzelperson ist, aber Personen, auf die der obige Absatz zutrifft zur Erfüllung des Auftrages einsetzt.
- 24.3 Ist der AN selbst Vertragspartner oder Unterauftragnehmer des Bundesministeriums der Verteidigung bzw. der Bundeswehr, so stellt er sicher, dass er (33) alle Vorgaben der ZVB/BMVg, insbesondere die Ziff. 33.1, 33.4 und 33.5 einhält und diese Verpflichtung auch an seine Unterauftragnehmer weitergibt.
- 24.4 Der AN und seine Mitarbeitenden dürfen gem. Ziff. 26 ZVB/BMVg ohne vorherige Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung und der ESG nicht im Verkehr mit den Dienststellen des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr für die ESG vermitteln. Ausnahmen nach Ziff. 26.2 ZVB/BMVg findet nur nach vorheriger Zustimmung der ESG Anwendung.
- 24.5 Dieser Vertrag steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass das Bundesministerium der Verteidigung dem AN oder den von ihm zur Erfüllung eingesetzten Personen eine etwaige erforderliche Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt hat und dass eine etwaige Unbedenklichkeitsbescheinigung unter Auflage die vertragliche Leistung für die ESG nicht verbietet. Bei Erforderlichkeit einer Unbedenklichkeitsbescheinigung darf der AN nicht vor deren Erteilung mit der vertraglichen Leistung beginnen. Bei einer Unbedenklichkeitsbescheinigung unter Auflage muss diese Auflage entweder vom AN beachtet werden, oder die betroffene Person muss von der Leistungserbringung ausgeschlossen werden.
- 24.6 Für den Fall des Verstoßes des AN gegen die obenstehenden Verpflichtungen stellt der AN ESG von allen Ansprüchen frei. Eine vom Bundesministerium der Verteidigung geltend gemachte Vertragsstrafe sowie entsprechende Schadenersatzforderungen hat bei Verstoß gegen die obenstehenden Verpflichtungen der AN zu tragen und direkt an den Anspruchsinhaber zu leisten (Ziffer 33.10 ZVB/BMVg).

25 Compliance

- 25.1 Der Auftragnehmer willigt ein, die zum Zeitpunkt des Vertragschlusses gültigen Bedingungen des „HENSOLDT Supplier Code of Conduct“ ein, niedergelegt und referenziert auf der HENSOLDT-Website (www.hensoldt.net) im Bereich „Supplier Information“. Ein schwerwiegender Verstoß gegen die in dem jeweiligen Verhaltenskodex genannten Verpflichtungen wird als wesentliche Vertragsverletzung seitens des Auftragnehmers angesehen.
- 25.2 Der Auftragnehmer hat die menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen sowie die weiteren Erwartungen des Auftraggebers zur sozialen Verantwortung von Unternehmen einzuhalten, wie sie im „HENSOLDT Supplier Code of Conduct“ niedergelegt und referenziert sind, welcher auf der HENSOLDT-Website (www.hensoldt.net) im Bereich „Supplier Information“ verfügbar ist. Auf Wunsch stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Kopie in deutscher oder englischer Sprache zur Verfügung.

Der Auftragnehmer wird die Erwartungen entlang seiner Lieferkette angemessen vertraglich adressieren (z.B. indem er zumindest gleichwertige Standards in Verträgen mit seinen Unterauftragnehmern verankert). Speziell im Hinblick auf die menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen wird der Auftragnehmer, wenn nötig mit Unterstützung des Auftraggebers, in seinem Unternehmen Schulungen und Weiterbildungsprogramme anbieten und durch-

führen, um in seinem Unternehmen die Einhaltung dieser Erwartungen zu stärken. Der Auftragnehmer hat ESG unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald er damit rechnen muss, dass sich die menschenrechts- und um-weltbezogene Risikolage in seinem Unternehmen wesentlich verändert, zum Beispiel, aber nicht abschließend, durch die Einführung neuer Produkte, Veränderung bestehender Produkte, Änderungen in seiner Lieferkette oder Eröffnen neuer Geschäftsfelder.

ESG stellt jeder Person ein Beschwerdeverfahren zur Verfügung, um auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie auf Verletzungen von menschenrechts- oder um-weltbezogenen Pflichten hinzuweisen, die möglicherweise durch das wirtschaftliche Handeln des Auftraggebers oder seiner direkten oder indirekten Auftragnehmer entstanden sind. Detaillierte Informationen zum Beschwerdeverfahren, inkl. Zugänglichkeit, Zuständigkeit, Verfahren, Vertraulichkeit der Identität und Schutz von Hinweisgebern vor Repressalien, sind auf der Homepage der ESG unter www.hensoldt.net (Suchfeld Stichwort: "OpenLine") verfügbar.

25.3 Verstößt der Auftragnehmer gegen den HENSOLDT Supplier Code of Conduct und/oder die Einkaufskonditionen der HENSOLDT Gruppe zu Arbeits-, Gesundheits-, Umweltschutz und Gefahrstoffen oder gibt es einen hinreichenden Verdacht für einen solchen Verstoß, dann kann ESG vom Auftragnehmer alle Informationen verlangen, die zur Untersuchung und Beurteilung des Falles vernünftigerweise erforderlich sind, und der ESG hat das Recht, nach seinem eigenen billigem Ermessen die einschlägigen Compliance-Management-Systeme, in-terne Revisionsprozesse und andere relevanten Einkaufsprozesse des Auftragnehmer zu prüfen. Der Auftragnehmer hat im Rahmen des vernünftigerweise Zumutbaren mitzuwirken. Im Gegenzug wird der Auftraggeber den einschlägigen Datenschutz- und Wettbewerbsgesetzen sowie den berechtigten Interessen des Auftragnehmers, seine Geschäftsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, in angemessener Weise Rechnung tragen (z. B. durch den Abschluss geeigneter Geheimhaltungsvereinbarungen und/oder die Beschränkung des Zugangs bzw. die Schwärzung von Texten im Fall von sehr sensiblen Informationen). Der Auftragnehmer wird ferner alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um in seinen Verträgen mit Unterauftragnehmern („Dritte“) aus der für die Lieferungen und Leistungen relevanten Lieferkette gleichwertige Informations-, Kontroll- und Prüfungsrechte zu implementieren, welche auch zugunsten des Auftraggebers bestehen sollen.

Liegt tatsächlich ein Verstoß des Auftragnehmers im vorgenannten Sinne vor, dann ist ESG des Weiteren berechtigt, nach vorheriger schriftlicher Mitteilung die Vertragsdurchführung auszusetzen, bis der Verstoß behoben ist. Ist der Verstoß nicht behebbbar oder ist es ein schwerwiegender oder wiederholter Verstoß, dann ist ESG auch berechtigt, die betroffene Bestellung mit sofortiger Wirkung schriftlich zu kündigen. Zusätzliche oder weitergehende Rechte, die ESG nach Vertrag oder Gesetz zustehen können, werden hierdurch nicht eingeschränkt.

25.4 Im speziellen Fall, dass der Auftragnehmer oder einer seiner Auftragnehmer aus der einschlägigen Lieferkette gegen eine menschenrechts- oder umweltbezogene Pflicht gemäß des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) verstößt, hat der Auftragnehmer diesen Verstoß unverzüglich abzustellen und zu unterlassen. Ist der Verstoß so beschaffen, dass er nicht unverzüglich behoben werden kann, oder findet der Verstoß in der Lieferkette des Auftragnehmers statt, so hat der Auftragnehmer unverzüglich ein tragfähiges Konzept mit einem konkreten Zeitplan zur Beendigung oder zumindest Minimierung des Verstoßes zu erstellen und umzusetzen. Ereignet sich der Verstoß in der Lieferkette des Auftragnehmers, dann muss der Auftragnehmer zusätzlich dabei mitwirken, geeignete Präventionsmaßnahmen gegen den Verursacher (Unterauftragnehmer auf jeder Stufe) zu verankern, wie z.B. die Durchführung von Kontrollmaßnahmen, die Unterstützung des Verursachers bei der Vorbeugung und Vermeidung von Risiken oder die Umsetzung von branchenspezifischen oder branchenübergreifenden Initiativen, denen der Auftragnehmer beigetreten ist.

26 Revisionsklausel

26.1 Der Auftragnehmer räumt der Revision der ESG das jederzeitig auszuführende Recht ein, nach vorheriger Anmeldung sämtliche Geschäftsvorfälle zwischen ESG und Auftragnehmer bei dem Auftragnehmer einzusehen und zu überprüfen.

26.2 Im Rahmen der fortwährenden Überwachung durch ESG und die Luftfahrtbehörden ist der Auftragnehmer verpflichtet, im Falle einer Überprüfung der ESG oder der Luftfahrtbehörden Zugang zu technischen Informationen/Konstruktionsdaten und zum Betriebsgelände zu gewähren, die für die Überwachungsmaßnahmen erforderlich sind.

27 Open Source

27.1 Eine Verwendung von Open Source Software im Rahmen der Vertragsleistungen ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung gestattet.

27.2 Verwendet der Auftragnehmer Open Source Software ohne vorherige schriftliche Zustimmung durch die ESG, hat der Auftragnehmer auf Wunsch der ESG alles Zumutbare zu tun, um die Open Source Software durch eine gleichwertige proprietäre Software zu ersetzen.

27.3 Der Auftragnehmer stellt ESG der Höhe nach unbegrenzt von allen Ansprüchen Dritter und damit verbundene Kosten wegen der Verwendung von Open Source Software ohne vorherige schriftliche Zustimmung durch die ESG frei.

28 Allgemeine Bestimmungen

28.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der deutschen Kollisionsnormen. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf ist ausgeschlossen (CISG). Gerichtsstand für sämtliche Rechtsstreitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Auftrag ist München (Landgericht München I). ESG ist auch berechtigt, am Sitz des Auftragnehmers Klage zu erheben.

28.2 Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Einkaufsbedingungen oder des übrigen Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder werden, so gelten sämtliche übrigen Bestimmungen fort. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in den Allgemeinen Einkaufsbedingungen oder im übrigen Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Zur Ausfüllung der Lücke verpflichten sich die Parteien auf die Etablierung angemessener Regelungen hinzuwirken, die dem am nächsten kommen, was die Vertragsschließenden nach dem Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von ihnen bedacht worden wäre. Sofern die Parteien keine Einigung erzielen können, kann jede Partei die Ersetzung der nichtigen Bestimmung bzw. die Ausfüllung der Lücke durch das zuständige Gericht herbeiführen.

Anlage 1 – Informationssicherheitsrichtlinie für Externe

1. Geltungsbereich und Zweck

Diese Informationssicherheitsrichtlinie ist verpflichtend für alle Auftragnehmer der ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH und sonstigen mit der ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH verbundenen Unternehmens im Sinne von § 15 AktG (nachfolgend: „**Auftraggeber**“). Die in dieser Richtlinie enthaltenen Anforderungen sind als Mindestanforderungen für die Leistungserbringung für den Auftraggeber zu verstehen und stellen vertragliche Nebenpflichten des Auftragnehmers dar.

2. Verantwortlichkeiten

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass bei der Auftragserbringung die Anforderungen dieser Richtlinie erfüllt werden. Er hat jederzeit sicher zu stellen, dass sein Handeln und das Handeln seiner Beschäftigten nicht die Verfügbarkeit, Integrität oder Vertraulichkeit der IT-Systeme, Daten und Informationen des Auftraggebers beeinträchtigt.

Er ist beim Umgang mit Informationen und informationsverarbeitenden Einrichtungen für die Einhaltung von Sicherheitsvorgaben verantwortlich, insbesondere für:

- Das Verhindern von unbefugtem Zugriff bzw. Einsicht;
- Das Verhindern von Kompromittierung und Diebstahl von Informationen und informationsverarbeitenden Einrichtungen;
- Inhaltliche Richtigkeit der Daten sowie deren Schutz vor unbefugter Veränderung oder Vernichtung;
- Gewährleistung der Verfügbarkeit autorisierter Personen;
- Die Erhaltung der technischen Funktion seiner IT-Infrastruktur;
- Die Einhaltung der gesetzlichen und regulativen Bestimmungen, insbesondere des Bundesdatenschutzgesetzes, der DSGVO sowie der Handels- und Steuergesetze sowie
- für den Schutz der Rechte und Interessen aller natürlichen und juristischen Personen, die mit der ESG-Gruppe in geschäftlicher Beziehung stehen.

Er hat in seinem Unternehmen ein angemessenes Informationssicherheitsmanagementsystem oder gleichwertige, geeignete Prozesse zur Gewährleistung der Informationssicherheit im Rahmen der Leistungserbringung etabliert und hält dieses während der Leistungserbringung für den Auftraggeber aufrecht.

Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber die Kontaktdaten des sachkundigen Ansprechpartners zur Informationssicherheit (z.B. Informationssicherheitsbeauftragter, IT-Sicherheitsmanager), der zu Fragen der Informationssicherheit gegenüber dem Auftraggeber auskunftsfähig und auskunftsberechtigt ist, mit. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer verlangen, dass ihm unverzüglich weitere im Kontext der konkreten Beauftragung stehende Verantwortliche des Auftragnehmers benannt werden, um Aufgabenverteilung / Verantwortungsübergänge klären zu können. Ferner ist auf Verlangen ein Notfallkontakt des Auftragnehmers zu benennen, der bei begründetem Verdacht eines Sicherheitsvorfalls beim Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zur Verfügung steht und relevante Auskünfte erteilt.

3. Kontakt bei Störungen und Fragen zur Informationssicherheit

Bei Störungen oder Informationssicherheitsvorfällen bezogen auf – Daten und Informationen des Auftraggebers ist die Informationssicherheit unter der E-Mail informationssicherheit@esg.de unverzüglich, d.h. innerhalb von 24 Stunden, zu informieren. Dies gilt zudem, soweit die Störung oder der Vorfall Auswirkungen auf die Erbringung der Leistungen des Auftragnehmers für den Auftraggeber haben kann sowie sofern bei verständiger Würdigung durch einen Dritten der Verdacht einer entsprechenden Störung und/oder Sicherheitsvorfalls vorliegt.

Zu solchen Vorfällen zählen z.B. der Abgriff von Datenbeständen, gestohlene oder verlorene Laptops von Mitarbeitenden, Zertifikatsverlust oder Hacker-/ Malwarevorfälle.

Im Fall einer solchen Störung oder Sicherheitsvorfalls hat der Auftragnehmer neben der Informationspflicht auch unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der gebotenen Informationssicherheit zu ergreifen. Sofern hierzu ein abgestimmtes Vorgehen mit dem Auftraggeber erforderlich erscheint, wird der Auftragnehmer sich mit einem detaillierten Maßnahmenkatalog zwecks Abstimmung an den Auftraggeber wenden.

4. Zugang zu Gebäuden und Produktionsstätten

Der Auftragnehmer muss seine Beschäftigten darauf hinweisen, dass diese sich bei ihrem Ansprechpartner des Auftraggebers mit Vor-/Nachnamen anzumelden haben. Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass diesen, sollten sie keinen personalisierten Besucherausweis haben, ein Besucherausweis und das Formblatt „Sicherheitshinweise für Besucher“ übergeben wird und dass sie diesen Ausweis deutlich sichtbar tragen müssen. Sie haben sich darüber hinaus durch einen gültigen Personalausweis bzw. Reisepass auszuweisen.

5. Maßnahmen bei Zugang zu IT-Systemen

Zugangsdaten zu IT-Systemen des Auftraggebers bestehen aus einer Benutzerkennung und einem Passwort. Für den Fernzugriff ist eine Zwei-Faktor-Authentifizierung notwendig. Der Auftragnehmer ist für die sichere Verwahrung der Zugangsdaten verantwortlich und stellt diese sicher. Sollten diese durch unberechtigte Dritte verwendet werden und sollte diese Verwendung auf einer Handlung oder einem Unterlassen des Auftragnehmers beruhen, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber schadlos halten. Bei der Verwendung von Passwörtern ist Folgendes durch den Auftragnehmer sicherzustellen:

- Alle Passwörter, sind durch den jeweiligen Mitarbeitenden des Auftragnehmers streng geheim zu halten.
- Passwörter müssen regelmäßig, mindestens alle sechs Monate, geändert werden.
- Sofern das Passwort anderen Personen bekannt geworden ist oder ein entsprechender Verdacht besteht, muss das Passwort unverzüglich geändert oder eine Änderung beim jeweils benannten zuständigen Ansprechpartner des Auftraggebers veranlasst werden.

Alle informationsverarbeitenden Systeme des Auftragnehmers, von denen ein Zugriff auf die Systemumgebung des Auftraggebers mittelbar oder unmittelbar möglich ist, müssen nach aktuellem Stand der Technik abgesichert sein, insbesondere mit einem sicheren logischen Zugangsschutz versehen sein. Dabei ist eine Multi-Faktor-Authentifizierung anzustreben (z. B. Kombination aus Benutzername/Passwort und einer ergänzenden Identifizierung mit Hilfe eines Hardwaretokens, einer Smartcard o. Ä. oder eines biometrischen Merkmals).

Die Nutzung von privaten Endgeräten zur Anbindung an IT-Systeme des Auftraggebers ist untersagt, sofern nicht ausdrücklich vom Auftraggeber genehmigt; nur vom Auftragnehmer aktiv verwaltete Endgeräte dürfen genutzt werden. Der Auftragnehmer ist für den ordnungsgemäßen Umgang mit den Endgeräten, den Schutz gegen Verlust und die Entsorgung des Geräts nach vollständigem Löschen aller Daten des Auftraggebers verantwortlich.

6. Mitarbeitende

Die zur Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeitende des Auftragnehmers sind über die sicherheitstechnischen Anforderungen des Auftraggebers zu informieren.

Grundsätzlich ist die besondere Bedeutung der Informationssicherheit durch entsprechende Security-Schulungen für Mitarbeiter zu validieren. Dabei sind die besondere Sensibilität im Umgang mit vertraulichen und sensiblen Daten sowie die sicherheitstechnischen Anforderungen herauszustellen.

Die Mitarbeitenden müssen hinsichtlich des vertraulichen Umgangs mit Informationen, die ihnen im Zuge ihrer Tätigkeit zur Leistungserbringung für den Auftraggeber bekannt werden, verpflichtet werden (z.B. Regelungen im Arbeitsvertrag oder eine separate Erklärung).

Scheiden Mitarbeitende des Auftragnehmers aus dem Unternehmen aus / wechseln ihr Aufgabengebiet, ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Zutritts- und Zugriffsberechtigungen zu Systemen und Informationen des Auftraggebers entzogen werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, entsprechende Nachweise für die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen anzufordern, die der Auftragnehmer sodann innerhalb angemessener Zeit beizubringen hat.

7. Technische und organisatorische Bestimmungen

Räume oder Bereiche beim Auftragnehmer, in denen Informationen des Auftraggebers elektronisch verarbeitet oder gespeichert werden, müssen durch geeignete Maßnahmen vor unberechtigtem Zutritt geschützt werden.

8. Netzwerksicherheit

Das interne Datennetzwerk des Auftragnehmers wird von öffentlichen oder externen Netzen durch geeignete Maßnahmen nach dem Stand der Technik getrennt (z. B. Firewall). Drahtlose Netzwerke müssen nach aktuellem Stand der Technik gesichert werden, insbesondere muss ein unbefugter Zugriff auf die System- und Wartungsumgebung des Auftraggebers sicher verhindert werden.

9. Zugriffsschutz, Speicherung und Entsorgung

Werden Daten des Auftraggebers durch den Auftragnehmer verarbeitet, so hat dieser sicherzustellen, dass der Zugriff auf diese Daten auf einen minimalen Kreis berechtigter Mitarbeitender eingeschränkt wird. Werden sensible Daten auf mobilen Komponenten gespeichert (z. B. Notebooks, mobile Datenträger etc.), sind diese durch eine Verschlüsselung nach je aktuellem Stand der Technik zu sichern.

Werden IT-Systeme oder Komponenten des Auftragnehmers, auf denen sensible Daten des Auftraggebers gespeichert sind, zur Reparatur gegeben oder einer Entsorgung zugeführt, muss gewährleistet sein, dass diese Daten nicht für Dritte, auch nicht unter Verwendung von Daten-Wiederherstellungstechnologien, lesbar oder anderweitig auswertbar sind. Die Vernichtung hat nach Verfahren, die dem je aktuellem Stand der Technik entsprechen, zu erfolgen.

10. Übermittlung in Netzwerken

Datenverkehr, über den sensible Informationen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer über ein unsicheres Netz (z. B. Internet) ausgetauscht werden, muss mit Hilfe anerkannter technischer Verfahren gegen Manipulation oder Einsichtnahme geschützt werden. Dafür sind in der Regel VPN-Lösungen einzusetzen, deren kryptographische Algorithmen dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Der VPN-Tunnel muss nach Beendigung der Kommunikation abgebaut werden; eine dauerhafte Einrichtung eines solchen Tunnels zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer ist untersagt. Werden per E-Mail sensible Informationen zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber ausgetauscht, so muss der Mailverkehr kryptographisch gesichert werden. Der Auftragnehmer trägt Sorge für die entsprechenden technischen Voraussetzungen auf seiner Seite.

11. Informationen zur Sicherheitsorganisation

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unaufgefordert Zertifikate (bspw. betr. DIN EN ISO27001) oder sonstige Audit- und/oder Prüfergebnisse betreffend seine Informationssicherheitsorganisation vorzulegen, soweit sie vorhanden sind oder während der Dauer der Vertragsbeziehung mit dem Auftraggeber sein werden. Dies gilt auch in Hinblick auf diesbezügliche künftige Änderungen, bspw. wenn ein Zertifikat nicht mehr gültig ist oder nicht erneuert wird.

12. Cloud Nutzung

Der Auftragnehmer hat alle von ihm eingesetzten Lösungen, in denen er oder ein von ihm beauftragter Dritter Informationen des Auftraggebers hostet oder Anwendungen, welche Informationen des Auftraggebers verarbeiten, zur Zeit des Angebots zu benennen. Deren Einsatz zur Leistungserbringung unterliegen einem (schriftlichen) Zustimmungserfordernis durch den Auftraggeber vor Vertragsschluss. Dies umfasst zudem die Benennung der hierfür eingesetzten Subunternehmer und Länder, innerhalb derer das Hosting oder die Anwendung betrieben wird. Sofern diesbezügliche Änderungen eintreten, hat der Auftragnehmer diese unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen. Ein Verstoß gegen hiesige Regelung begründet ein außerordentliches Kündigungsrecht zugunsten des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Nachfrage alle sicherheitsrelevanten Angaben über die genutzte Cloud-/Hostinglösung zur Verfügung zu stellen und ihm ein Audit- und Kontrollrecht einzuräumen.

13. Sonstiges

Sofern nicht ausdrücklich schriftlich anderweitig vereinbart, sind ggf. mit der Umsetzung dieser Anforderungen entstehende Mehraufwände mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

14. Folgen bei Nichteinhaltung der Pflichten & Falschangaben

Wenn die vorbenannten Anforderungen vom Auftragnehmer nicht oder nur teilweise erfüllt werden, ist der Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Der Kündigung voraus geht in der Regel eine vom Auftraggeber gesetzte angemessene Frist, welche sodann fruchtlos abgelaufen ist. Bei Verletzung von Informationspflichten ist der Auftrag-

geber indessen zur sofortigen Kündigung – also ohne vorherige Fristsetzung – berechtigt. Sofern der Auftrag noch nicht erteilt ist, behält sich der Auftraggeber vor, den Auftrag nicht zu erteilen. Bei Falschangaben betreffend die Informationssicherheit vor Vertragsschluss – beispielsweise im Lieferantenbogen - steht dem Auftraggeber ein Rücktrittsrecht zu. Von einer Beendigung – gleich ob in Form der Kündigung oder des Rücktritts – unberührt bleiben Schadensersatzansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer.